

BERICHT UNSERES VERTRAUENSMANNES IN UNGARN. BUDAPEST, DEN 13. MAI 1939

DIE LAGE IN UNGARN

Der Aufenthalt des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Teleki und des Aussenministers Graf Csaky in Berlin wurde von der ungarischen Presse mit weit grösserer Aufmerksamkeit verfolgt als frühere Besuche ungarischer Staatsmänner in Berlin. In den Kommentaren der Blätter fiel vor allem auf, dass häufig auf den früheren Ministerpräsidenten Gombos hingewiesen wurde, der eigentlich der Urheber dieser neuen engen Freundschaft Ungarns zu Deutschland sei und den man auch als den geistigen Vater des Schlagwortes von der Achse bezeichnete. In diesem Zusammenhange ist bemerkenswert, dass Ministerpräsident Graf Teleki am 7. Mai in seiner Szegeder Rede auf einer Wahlversammlung der Regierungspartei unter anderem wörtlich sagte: "Die Aussenpolitik, die wir heute machen, hat vor mehr als einem Jahrzehnt mit dem italienisch – ungarischen Vertrag eingesetzt. Die ungarisch-deutsche Freundschaft beginnt erst später, mit der Machtergreifung Hitlers und mit dem Besuch Gömbös' in Deutschland. Es ist nun zwar richtig, dass die amtlichen Auslassungen und auch die Aufsätze der Regierungsblätter über den Berliner Besuch der ungarischen Staatsmänner sehr freundlich waren, es ist aber festzustellen, dass unter den breiten Massen der Bevölkerung nach wie vor eine sehr unfreundliche Stimmung Deutschland gegenüber herrscht. Diese Stimmung wird in erster Linie durch eine geschickte Flüsterpropaganda der Juden hervorgerufen. Dann aber wird sie auch gefördert durch gewisse Zeitungsmeldungen über angebliche Forderungen Deutschlands gegenüber Ungarn. Es ist ausserordentlich bezeichnend, dass fast alle Budapester Blätter die phantastischen Lügenmeldungen der Auslandspresse über angebliche Vergewaltigungsversuche Deutschlands gegenüber Ungarn in grosser Ausführlichkeit veröffentlichten, um dann freilich diese Meldungen zu dementieren. Selbstverständlich blieb aber beim Leser doch der Eindruck bestehen, dass Deutschland einen starken Druck auf Ungarn ausgeübt habe, da diese Lügenmeldungen der Auslandspresse mit auffallender Häufung abgedruckt wurden. In diesem Zusammenhange verdient noch die Tatsache Erwähnung, dass nach wie vor zahlreichen Reichsdeutschen die Arbeitsbewilligung und damit die Aufenthaltsgenehmigung in Ungarn entzogen wird. Besonders bei jüdischen Firmen erfolgen Kündigungen deutscher Angestellter, ohne dass Interventionen von deutscher Seite Erfolg haben.

Sofort nach ihrer Rückkehr aus Berlin berichteten Teleki und Csaky in den Aussenausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Oberhauses. Im Abgeordnetenhaus wurden die Ausführungen der Minister ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen. Im Oberhaus dagegen kam es zu sehr aufschlussreichen Debatten. Bekanntlich sind im Oberhaus die liberalen, klerikalen und reaktionären Kreise, die durchwegs deutschfeindlich eingestellt sind, sehr stark. Von Seiten dieser Kreise wurde nun gegen Csaky der Vorwurf erhoben, dass er, schon beginnend mit seinen Äusserungen gegen die Botschaft Roosevelts während seines Aufenthaltes in Rom, die Interessen Ungarns geschädigt habe, da Ungarn gerade in Amerika — und zwar sowohl in den Vereinigten Staaten wie auch in Südamerika — starke wirtschaftliche Interessen habe. Ausserdem habe die von Csaky eingeschlagene Politik die "wertvollen Sympathien der West-Mächte für Ungarn" gefährdet. Hier sei eingefügt, dass in jenen liberalen, klerikalen und reaktionären Kreisen im Anschluss an den Berliner Besuch der ungarischen Staatsmänner, die Behauptung verbreitet

wird, Deutschland sei in Wirklichkeit sowohl im Innern als auch nach aussen hin in einer ausserordentlich schwierigen Lage. Um diese Schwierigkeiten zu vertuschen, mache die deutsche Propaganda so viel Aufhebens von der Stärke des Reiches. Dies sei aber nur ein Bluff. Es sei daher für Ungarn gefährlich, sich ganz auf Deutschland zu verlassen, das eben selbst mit den allergrössten Schwierigkeiten kämpfe, wenn auch Hitler bisher alles gelungen sei, so sei die Gefahr vorhanden, dass er jetzt vor unüberwindlichen Schwierigkeiten stehe. Auf die oben geschilderten Einwendungen im Oberhause entgegnete Aussenminister Graf Csaky, dass er in Berlin nichts habe versprechen müssen -und dass man ihm auch nicht zugemutet habe, die Verbindungen Ungarns zu anderen Grossmächten zu lockern, im Gegenteil, man habe in Berlin erklärt, dass das Reich Interesse habe an einem starken Ungarn.

Weiter wird uns von unseren Gewährsmann berichtet, dass Csaky auf den Vorwurf, er habe durch seine Erklärungen in Rom gegen die Rooseveltbotschaft Ungarns Interessen geschädigt, erwidert habe, er habe jene Äusserungen in Rom deshalb getan, um dadurch von vornherein einer etwaigen Anfrage Deutschlands an Ungarn, ob es sich durch das Reich bedroht fühle, vorzubeugen. Csaky soll dabei haben durchblicken lassen, dass er doch schliesslich auf eine solche Anfrage nicht unbedingt hätte mit Nein antworten können, da es in Ungarn viele Kreise gebe, die sich tatsächlich von Deutschland bedroht fühlen.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und im Zusammenhang mit der Berliner Reise der ungarischen Staatsmänner wird nun folgende Argumentation angewendet, über die uns ein Gewährsmann aus dem ungarischen Aussenministerium berichtet. Danach habe in Wirklichkeit Deutschland verlangt, dass Ungarn zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu Jugoslawien gelange; Rumänien gegenüber müsse es wenigstens in der Minderheitenfrage zu einer Verständigung gelangen. Was Polen anlange, so sei Deutschland einverstanden mit einer wohlwollenden Neutralität Ungarns im Falle eines deutschpolnischen Konfliktes. Dann habe Ungarn Aussichten, die Slowakei bis zum Waag-Tal zu bekommen. Diese Version wird nun in der Wahlpropaganda dahin ausgewertet, dass allzuweitgehende aussenpolitische Forderungen der rechtsradikalen Gruppen — besonders Rumänien gegenüber — die Zusammenarbeit Ungarns mit Deutschland stören könnten. Daraus ergebe sich, dass Deutschland gar kein Interesse habe an der rechtsradikalen Bewegung in Ungarn. Ja, Deutschland würde eine solche rechtsradikale Propaganda sogar als eine Störung empfinden und daher ein Interesse haben, an einer völligen Niederringung der rechtsradikalen Bewegung. Diese Argumentation taucht bereits in der Wahlpropaganda der Regierungspartei vielfach auf.

Im Augenblick beherrscht selbstverständlich die Wahlpropaganda vollkommen das politische Bild in Ungarn. Das alte, jetzt aufgelöste Parlament setzte sich aus 245 gewählten Abgeordneten zusammen, die in offener Wahl gewählt worden waren, mit Ausnahme der Abgeordneten in den grossen Städten. Zu diesen 245 gewählten Abgeordneten sind dann nach der Rückgliederung Oberungarns 17 Abgeordnete gestossen, die in das Parlament berufen worden waren, und zwar 15 Abgeordnete aus dem slowakischen Gebiet und 2 Abgeordnete für die Karpathenukraine. Für das neue Parlament werden in Rumpfungarn 260 Abgeordnete alle in geheimer Wahl gewählt, und zwar 125 Abgeordnete auf Listen und 135 Abgeordnete durch Einzelkandidaturen. Zu diesen 260 Abgeordneten kommen dann noch die 17 oberungarischen Vertreter, die ohne Neuwahl in das neue Parlament übernommen

werden. Das alte Parlament hatte nicht weniger als 19 verschiedene Parteien bzw. Fraktionen, und zwar folgende:

1. die Regierungspartei, "Partei des ungarischen Lebens", mit 122 Abgeordneten.
2. die von der alten Regierungspartei abgesplitterte Gruppe Sztranyavszky mit 35 Abgeordneten und
3. die von der Regierungspartei abgesplitterte Gruppe Bornemisza-Mikecz mit 15 Abgeordneten.
4. die Kleinlandwirtepartei unter Führung Tibor Eckhardts mit 22 Abgeordneten.
5. die Christlich-Nationale Partei, Führung Graf Zichy, mit 14 Abgeordneten.
6. die Sozialdemokratische Partei, Führung Karl Payer mit 11 Abgeordneten.
7. die Bürgerliche Freiheitspartei, Führung Rassai, jüdisch-liberal, mit 6 Abgeordneten.
8. die Christlich-Nationalsozialistische Front, die sich aus Splintern der Kleinlandwirtepartei und der "Nationalen Front" zusammensetzt, mit 5 Abgeordneten
9. vier parteilose Abgeordnete;
10. die Pfeilkreuzpartei, früher Hungaristische Partei Szalasi-Bewegung, mit 3 Abgeordneten.
11. die Christliche Opposition, Stephan Friedrich, mit 2 Abgeordneten.
12. die Ungarische Nationalsozialistische Partei, Festetich, mit einem Abgeordneten,
13. die Gruppe "Die Ungarische Nationalsozialistische Partei, Balogh, mit einem Abgeordneten,
14. die Volkswille-Partei, Csorr, sehr weit rechts, mit einem Abgeordneten.
15. die Legitimisten Partei, Hugo Payr, mit einem Abgeordneten.
16. die Nationale Agrar-Opposition, Kun, mit einem Abgeordneten.
17. die National-Radikale Kossuth-Partei, Ruppert, jüdisch-liberal, mit einem Abgeordneten.
18. die Oberungarische Gruppe, Führung Jaross, mit 15 Abgeordneten, und
19. die Vertretung der Karpathoakraine mit 2 Abgeordneten.

Was nun die Aussichten des jetzigen Wahlkampfes anlangen, so ist festzustellen, dass ganz unstrittig die Regierungspartei MEP mit sehr grossen Aussichten in den Wahlkampf geht, zumal, da sie nicht nur über den gesamten Verwaltungsapparat verfügt, sondern auch über grosse Geldmittel. Die Geldmittel spielen eine grosse Rolle, weil jeder Mandatswerber eine Kautions von 2500 Pengö hinterlegen muss. Bei dieser Bestimmung sind allerdings gewisse Ausnahmen vorgesehen, d.h. bei sogenannten Landesparteien braucht nur die Hälfte dieser Summe hinterlegt zu werden. Man kann ziemlich sicher annehmen, dass es der MEP gelingen wird, zwei Drittel der zu wählenden Abgeordneten zu bekommen, wobei zu berücksichtigen ist, dass dann immer noch zur Unterstützung der Regierung die 17 oberungarischen Abgeordneten dazukommen. Die meisten Splittergruppen liberaler Prägung dürften beträchtlich verlieren oder ganz aufgegeben werden zugunsten der Regierungspartei. Eine ernsthafte Opposition ist nur im rechtsradikalen Lager zu sehen, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, dass dieser Wahlkampf schon in starkem Masse unter weltanschaulichem Gesichtspunkt geführt wird. Das alte Parlament verfügte bereits über 10 Abgeordnete (nämlich die unter 8., 10., 12. und 13. angeführten) die schon in ihrem Namen das Wort „nationalsozialistisch“ führten. Zu diesen vier erwähnten Gruppen kommen jetzt noch als Wahlwerber neu hinzu die Ungarische nationalsozialistische Arbeiter- und Bauernpartei, Mesko, und die Vereinigte Ungarisch-Nationalsozialistische Partei, Graf Fidelius Palffy. Alle diese sechs nationalsozialistischen Gruppen zusammen dürften trotz aller Schwierigkeiten

aus finanziellen Gründen — die Geldmittel dieser nationalsozialistischen Gruppen sind naturgemäss ausserordentlich gering — und aus Gründen der neuen, sehr schikanösen Wahlkreiseinteilung immerhin bis zu 30 Mandaten bekommen, wobei Überraschungen nach oben hin nicht ganz ausgeschlossen erscheinen. Bei den sechs nationalsozialistischen Gruppen, die sich übrigens nicht untereinander bekämpfen, sind immerhin gewisse Unterscheidungen zu machen. So ist festzuhalten, dass die Pfeilkreuzpartei, Szalasi-Bewegung, nicht nur die stärkste Anhängerzahl haben dürfte, sondern auch in ihrer aussenpolitischen Ausrichtung unbedingt deutschfreundlich ist, während bei den anderen rechtsradikalen Gruppen noch vielfach unzweifelhaft ein gewisser magyarischer Chauvinismus zu beobachten ist. Es ist nicht zu leugnen, dass gerade um diese Frage im Zusammenhang mit dem Problem der Assimilierung bzw. der Dissimilierung und damit im Zusammenhang mit der Volksgruppenfrage sehr ernst gerungen wird, wobei nicht zu leugnen ist, dass es ausserordentlich schwer ist, in wirklich weiten Kreisen Verständnis für völkisches Denken zu schaffen, zumal die ganze ungarische Presse — das hungaristische Blatt "Magyarsag", das hier eine Ausnahme machte, ist noch immer verboten — gar kein Verständnis für völkische Fragen zeigt. Zweifellos ist aber bei der Pfeilkreuzpartei, Szalasi-Bewegung, das Verständnis für völkisches Denken schon an weitesten fortgeschritten, wenn auch hier beispielsweise der Abgeordnete Hubay und sein engerer politischer Freundeskreis noch sehr stark in den alten magyarisch-chauvinistischen Auffassungen wurzelt. Die deutsche Volksgruppe, d.h. der Volksbund der Deutschen in Ungarn, hat drei Mandatswerber auf der Regierungsliste zugestanden erhalten. Es ist dies das erste Mal, dass die deutsche Volksgruppe seit ihrer Zersplitterung mit der Regierung geht, weil nun die Regierung sich sehr wohl dessen bewusst ist, dass dieser Wahlkampf schon stark ein Weltanschauungskampf ist, beruft man sich im Regierungslager gerade jetzt in der Wahlpropaganda immer wieder auf Gömbös, weil man in ihm den Vorkämpfer weltanschaulicher Neuorientierung sieht. Aus dem gleichen Grunde hat die Regierungspartei als Mandatswerber sehr viele neue und zwar junge Männer zugelassen, womit sie ein Zugeständnis an die neuen Strömungen machen will. Es ist nun zu erwarten, dass gerade von diesen jüngeren Mandatswerbern sich manche nach der Wahl, besonders bei dem sich zweifellos in Zukunft immer mehr verschärfenden weltanschaulichen Kampf, immer weiter nach rechts entwickeln werden. Man wird also annehmen dürfen, dass die Regierung Teleki bei den Wahlen zwar eine sichere Mehrheit bekommt, dass damit aber keineswegs auf die Dauer eine ruhige Regierungstätigkeit im Sinne der jetzt herrschenden alten Generation möglich sein wird. Es ist vielmehr zu erwarten, dass die Weltanschauungskämpfe dann auch im Lager der Regierungspartei selbst zum Austrag kommen werden.

Quelle: